

Mehrheit für den Rahmenplan des Stadtteils Stuttgart 21 steht

Abstimmung am Donnerstag im Gemeinderat – Umweltausschuß führt Debatte über Verkehr – Landesnaturschutzverband fordert mehr Grün

Die Mehrheit für den Rahmenplan von Stuttgart 21 dürfte stehen. Zustimmung signalisieren CDU, SPD, FDP und Freie Wähler, während bei den Grünen, den „Republikanern“ und ÖDP-Stadtrat Gerhart Scheerer die Bedenken vorherrschen. Allerdings verknüpfen die Sozialdemokraten ihr Plazet mit einer Erhaltungssatzung für das Nordbahnhofviertel. Die endgültige Entscheidung über das städtebauliche Grobkonzept von Stuttgart 21, das gestern vom Umwelt- und Technikausschuß in einigen kleineren Details geändert wurde, wird am Donnerstag im Gemeinderat (Beginn der Sitzung: 16.30 Uhr) fallen.

Derweil kritisierte die Ratsfraktion der Grünen am Dienstag auf einer Pressekonferenz das „atemberaubende Tempo“, mit dem der Rahmenplan „durchgezogen“ werde, so Sprecherin Ursula Marx. Die Gemeinderäte könnten unter diesem Druck ihrer Verantwortung kaum gerecht werden. Nach dem Willen der Grünen soll die Beschlußfassung deshalb in den Herbst hinein verschoben werden – bis das Ergebnis des Hauptbahnhofwettbewerbs ebenso

vorliegt wie ein Gutachten über die Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Gesamtstadt. Dafür gibt es aber nach dem Stand der Dinge keine Mehrheit im Stadtparlament, da auch die SPD den Rahmenplan zum jetzigen Zeitpunkt beschließen will – wie es die Abmachung mit der Deutschen Bahn AG vorsieht.

Unterdessen mahnten die Grünen erneut eine Änderung der städtischen Hauptsatzung an, mit dem Ziel, eine Volksabstimmung über den Rahmenplan zu ermöglichen. Korrekturen wollen die Grünen auch bei dem städtebaulichen Konzept selbst. So sollten die Parkanlagen um 30 Hektar statt bisher vorgesehener 20 Hektar erweitert werden. Die Grünen unterstützen eine von Landschaftsarchitekten gestartete Initiative, wonach Bürger

selbst über den Erwerb sogenannter Parkaktien zu mehr Grünflächen beitragen sollen. Überdies müsse festgeschrieben werden, daß maximal 40 Prozent des Gesamtverkehrsaufkommens in dem neuen Innenstadtquartier

durch Autos und Lastwagen verursacht werden dürften. Nach Ansicht von Stadtrat Michael Kienzle wirft die Stadtverwaltung in dem vorliegenden Entwurf des Rahmenplans zwar mit „ökologischen Begrifflichkeiten“

um sich – aber niemand halte sich daran.

Die Kritik der Grünen fiel gestern aber nur punktuell auf fruchtbaren Boden. Das Fachgremium des Gemeinderats befaßte sich auf einer ganztägigen Sitzung noch einmal eingehend mit verschiedenen Aspekten des Rahmenplans. Angemahnt wurde, die Option für ein sogenanntes



Nordkreuz der S-Bahn mit einer Direktverbindung von Bad Cannstatt nach Feuerbach und mit einer Anbindung der bestehenden Gäubahntrasse nicht zu verbauen. Diese Idee, einst vom Verband der Region Stuttgart entwickelt, war bekanntlich mit Nachdruck auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung gefordert worden. Beim Thema Mineralwasser sagte Baubürgermeister Matthias Hahn (SPD) erneut „größtmögliche Vorkehrungen“ zu dessen Schutz zu. Unter anderem soll nun der Arbeitskreis Wasserwirtschaft, der sich bisher nur mit den geplanten Bahntrassen befaßt hat und dabei keine grundsätzlichen Einwände gegen Stuttgart 21 erhebt, auch in das Städtebauprojekt einbezogen werden.

Indessen macht sich auch der Landesnaturschutzverband für eine Vertagung der Entscheidung stark. Der Rahmenplan müsse dringend nachgebessert werden. Unter anderem drohe hinter der SüdwestLB eine „Steinwüste mit dichtgedrängten Büros“ zu entstehen. Der Grünanteil müsse erhöht und die Zahl der Parkplätze „radikal beschränkt“ werden. wö

Beschlüsse des Kreisverbandes zu Stuttgart 21

SPD pocht auf Erhaltungssatzung

Weitere Forderungen: mehr ÖPNV, zehn Gleise, Bürgerbeteiligung

Die Stuttgarter SPD hat auf ihrer Kreis-konferenz am Montagabend einen umfangreichen Katalog von Forderungen für das Projekt Stuttgart 21 beschlossen. Darin setzen sich die Sozialdemokraten auch für Erhaltungssatzungen für das Nordbahnhofviertel und den Stöckach ein. Morgen wird sich der Gemeinderat (Rathaus, 16.30 Uhr) erneut mit der Satzung für das Nordbahnhofviertel befassen.

Mit der Satzung soll die heutige Bevölkerungsstruktur geschützt und Fehlentwicklungen und Verdrängungen durch Spekulationen am Wohnungsmarkt verhindert werden. „Ich hoffe auf eine knappe Mehrheit“, sagte SPD-Fraktionschef Rainer Kußmaul auf der Kreiskonferenz. Im Februar waren SPD und Grüne noch knapp gescheitert. „Ohne Erhaltungssatzungen kein Stuttgart 21“, fordert die SPD.

In den Forderungskatalog seien Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aufgenommen

worden, die „wir sehr ernstnehmen“, sagt Frank Brauns, stellvertretender Kreisvorsitzender. Vor allem setzt sich die SPD für eine höhere Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein. Dazu gehörten ein zehngleisiger Ausbau des neuen Durchgangsbahnhofes, ein S-Bahn-Nordkreuz mit Nutzung der Gäubahntrassen und mehr Haltestellen. Außerdem fordert die SPD, daß die Bürgerbeteiligung „in effektiver Form“ fortgesetzt wird.

Allerdings wurden auf der Kreiskonferenz auch skeptische Stimmen laut. Neben grundsätzlichen Bedenken wurde auch die Befürchtung geäußert, daß ökologische und städtebaulich wünschenswerte Ansätze sich aus finanziellen Gründen nicht umsetzen lassen würden. Mit einer Anhörung am 20. September im Rathaus will sich die SPD mit dem Bahnprojekt beschäftigen und dann ihre Position zu Stuttgart 21 festlegen. dud